

# «Will die Regierung fassbarer machen»

**Die Regierung näher zu den Leuten bringen, das will die Bündner Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner. Dazu lanciert sie Begegnungstage – und warnt die Proporzgegner vor einem möglichen Machtwort des Bundesgerichts.**

Mit Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner sprach Reto Furter

**Seit Januar und noch bis Ende Jahr sind Sie Regierungspräsidentin – Ihr Highlight bis jetzt?**

Barbara Janom Steiner: Da gibt es viele. Aber eigentlich begann mein Präsidium ja bereits im letzten Dezember, als ich es von meinem Vorgänger übernehmen durfte.

**Frühzeitig übernehmen musste.**

Übernehmen durfte. Und zwar zusammen mit einem zweiten Departement.

**Das Sie als Stellvertreterin übernehmen mussten.**

Übernehmen durfte. Ich habe ein intensives halbes Präsidialjahr erlebt mit vielen Highlights. Ein Höhepunkt war das Vierertreffen der Staatsoberhäupter von Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz, dann aber auch der Bundesratsbesuch in Graubünden, die Labelübergabe im Parc Ela, die Aussensession in Samnau. Dazu gab es unzählige Anlässe mit vielen schönen und interessanten Begegnungen.

**In der zweiten Hälfte Ihres Präsidiums wollen Sie jetzt der Bevölkerung begegnen, mit Begegnungstagen in allen Bündner Regionen.**

Zu Beginn des Jahres habe ich mir zum Ziel gesetzt, den Kontakt zur Bevölkerung zu pflegen und den Puls in den Regionen zu spüren. Ausserdem möchte ich die Kommunikation verbessern und die Regierung fassbarer machen, sie näher zu den Leuten bringen.

**Und weil Ihnen das bis jetzt nicht gelungen ist, starten Sie eine neue Offensive.**

Nein, so sehe ich das nicht. Aber mit den beiden Departementen zu Beginn des Jahres und mit dem Departementswechsel stand viel auf meiner Agenda. So

viel, dass ich meinen Zielsetzungen noch nicht in dem Rahmen Rechnung tragen konnte, wie ich mir vorstellte. Darum ist die Idee entstanden, in allen Sprachregionen Begegnungstage durchzuführen. Dabei will ich auf Vorschläge aus der Bevölkerung eingehen, die auf ein allgemeines Interesse stossen. Damit gebe ich der Bevölkerung die Möglichkeit, mir als Präsidentin zu sagen, was sie schon immer sagen wollte, ganz nach dem Motto «Graubünden sind wir». Diese Begegnungstage sollen im September und Oktober stattfinden.

**Noch ist Sommer, ein ruhiger Sommer. So wenige Touristen waren schon lange nicht mehr da.**

Die Situation macht mir Sorgen. Nach den neusten Statistiken zu den Übernachtungszahlen hat Graubünden rund sieben Prozent verloren. Letztlich ist diese Entwicklung aber nicht unerwartet: Das ungünstige wirtschaftliche Umfeld, der starke Franken und natürlich auch das schlechte Wetter haben dazu geführt. Der Tourismus ist gefordert. Für Graubünden wäre es sicher von Vorteil, nebst der Pflege unserer Stammmärkte auch neue Märkte zu erschliessen, damit wir weniger vom Euroraum abhängig sind.

**Als Bündner Regierungspräsidentin können Sie nichts für die desolante Lage, in der Graubünden steckt, aber den Kopf hinhalten müssen Sie gleichwohl.**

Die Regierung kann dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen für den Tourismus stimmen.

In diesem Bereich gibts sicher noch Verbesserungspotenzial. Die Lage ist aber nicht desolat. Graubünden ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort, wir haben einen gesunden Staatshaushalt, eine schlanke, effiziente Verwaltung und einfache Bewilligungsverfahren. Auch die Unternehmenssteuern konnten wir in den letzten Jahren deutlich senken. Es braucht aber die innovativen und erfolgreichen Unternehmer, die wir in Graubünden erfreulicherweise zahlreich haben. Deren Rolle kann der Kanton nicht übernehmen.

**«An der Freundlichkeit arbeiten»**

**Die Bündner Touristiker sagen: Der Euro ist schuld, das Wetter ist schuld. Touristen sagen: Graubünden und die Schweiz sind viel zu teuer und zu unfreundlich.**

An der Freundlichkeit könnten wir sicherlich noch arbeiten, das sehe ich auch so. Hier sind die Unternehmer gefordert, die ihre Arbeitskräfte entsprechend sensibilisieren müssen. Hier besteht sicher Handlungsbedarf, aber ich will das keinesfalls pauschalisieren. Es gilt nicht für alle.

**Richtig gut geht es in Graubünden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wirklich nur dem Kanton. Dort stimmen die Zahlen.**

Erfreulicherweise, ja. Wir haben einen gesunden Finanzhaushalt. Aber auch für uns wird der Handlungsspielraum enger werden. So müssen wir zum Beispiel teure Reformen finanzieren, etwa im Gesundheitsbereich, im Vormundchaftswesen und auch im Schulbereich. Die Finanzaussichten sind deshalb nicht mehr so rosig, wie sie es einmal waren. Wir gehen schlechteren Jahren entgegen.

**Als Finanzministerin haben Sie die Bündner Rechnung im Griff. Man fragt sich nur, weshalb die Zahlen so gut sind, wenn es dem Bündner Tourismus so schlecht geht.**

Ein grosser Teil unserer Einnahmen kommt vom Bund und anderen Ein-

nahmequellen. Und auch die Steuereinnahmen sind noch immer stabil. Verlässliche Bereiche sind zum Beispiel auch die Grundstückgewinnsteuer und die Pauschalbesteuerung der Ausländer.

**Um aus der Wirtschaftskrise zu kommen, helfen vielleicht – auf einer eher symbolischen Ebene – auch neue politische Strukturen. Die Regierung schaut aber nur zu und hofft weiterhin auf zahlreiche Gemeindefusionen.**

Die Regierung hat nicht nur zugehört – im Gegenteil. Sie und der Grosse Rat haben im letzten Jahr die strategischen Weichen gestellt: Mittelfristig sollen in Graubünden 50 bis 100 Gemeinden bestehen, langfristig weniger als 50.

**Das sollen die Gemeinden aber bitte unter sich ausmachen?**

Ja, ganz klar. Der Grundsatz, dass Gemeindefusionen von unten wachsen, also nach dem Bottom-up-Prinzip, wurde klar bestätigt vom Grosse Rat. Die Initiative muss von den Gemeinden kommen, wir unterstützen sie finanziell, personell und beratend. Daran wollen wir festhalten, auch wenn sich Einzelne ein schnelleres Tempo wünschten. Immerhin ist zwischen 2002 und 2012 die Zahl der Gemeinden von 212 auf 176 gesunken. Wenn man die bereits beschlossenen Fusionen in diesem Jahr mitberücksichtigt, die 2013 in Kraft treten, zählt Graubünden noch 158 Gemeinden. Es bewegt sich viel. Derzeit laufen zudem weitere Fusionsprojekte, so in Ilanz, im Unterengadin, im Misox, und in vielen Regionen werden Fusionsgespräche aufgenommen.

**«2014 ist schlicht unrealistisch»**

**Neue politische Strukturen zum Zweiten: Der Grosse Rat soll in Zukunft im Proporzverfahren gewählt werden, um die Bevölkerung besser abzubilden. Das könnte einer möglichen Politverdrossenheit entgegenwirken.**

Vielleicht. Es war klar, dass wir uns Gedanken über unser Wahlsystem machen müssen, wenn wir die politischen Strukturen verändern. Wenn man die Kreise aufheben will, muss man sich fragen, an welchen Strukturen man das Wahlsystem anbinden kann.

**Die Regierung dürfte in dieser Frage ein paar Grossräte auf dem falschen Fuss erwischt haben, die glaubten, das Majorzverfahren sei für die Ewigkeit geschaffen.**

Die Regierung setzte bereits vor bald zehn Jahren bei der Totalrevision der Kantonsverfassung auf das Bündner Modell mit einem Proporzwahlverfahren – dort fand sie keine Zustimmung. Dass man eine Änderung im Wahlsystem braucht, ist uns schon länger bewusst, weil unser Majorzsystem mit der neuen bundesgerichtlichen Rechtsprechung nicht im Einklang steht, selbst wenn dazu noch keine Urteile bestehen.

**Sie befürchten aber, dass es zu einem Urteil des Bundesgerichts kommen**

**könnte, zuungunsten des Majorzverfahrens?**

Das wäre möglich. Die Entwicklung geht in diese Richtung. Deshalb schlägt die Regierung im Gegenentwurf das Verhältniswahlverfahren ab 2018 vor und lehnt die Proporzinitiative aus zeitlichen Gründen ab. Ich bin gespannt, wie der Grosse Rat darauf reagieren wird.

**Er hat die Wahl zwischen Pest und Cholera. – Ihre Prognose?**

Ich gebe ungern Prognosen ab, zumal ich vor dem Grosse Rat den Gegenvorschlag der Regierung mit Überzeugung vertreten werde.

**Überzeugend vertreten? Weil Sie persönlich überzeugt sind? Oder weil Sie das als Regierungsrätin überzeugend vertreten müssen?**

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich früher eine überzeugte Vertreterin des Majorzwahlverfahrens war. Aber aufgrund der heutigen Ausgangslage, der Strukturreform sowie der bundesgerichtlichen Rechtsprechung dürfen wir um ein Proporzwahlverfahren nicht herumkommen. Darum werde ich den Gegenvorschlag überzeugend vertreten. Ich habe schliesslich die Botschaft mitverfasst.

**Was, wenn Ihre Überzeugung vor dem Grosse Rat nichts nützt und der Gegenentwurf abgelehnt wird?**

Dann kann das Volk am 3. März einzig über die Proporzinitiative abstimmen. Wenn das Volk Ja sagt, sind grosse Gesetzesanpassungen nötig, losgelöst von der Gebietsreform. Die Initiative verlangt, dass bereits in zwei Jahren im Proporzsystem gewählt würde. Das ist aus unserer Sicht aber völlig unrealistisch, da die Umsetzung mehr Zeit beansprucht.

**Wird die Initiative angenommen, wird 2014 im Proporz gewählt, unrealistisch hin oder her.**

Wir müssten dann alles daransetzen, um das zu gewährleisten. Die Umsetzung erfordert ein neues Wahlgesetz, das eine Vernehmlassung bedingt und gegen das nach der Beratung im Grosse Rat ziemlich sicher das Referendum ergriffen würde. 2014 ist deshalb schlicht unrealistisch. Darum sehen wir im Gegenvorschlag ja 2018 vor.

**Angenommen, das Volk sage am 3. März Nein zur Proporzinitiative und der Gegenvorschlag komme gar nicht zur Abstimmung, weil der Grosse Rat zuvor schon Nein gesagt hat. Was dann?**

Dann bleiben die Kreise als Wahlsprengel erhalten, zusätzlich braucht es ein paar wenige gesetzliche Anpassungen.

**Dass in einem solchen Fall beim Bundesgericht Beschwerden eingehen werden, ist voraussehbar.**

Das ist denkbar, ja. Und es ist möglich, dass das Bundesgericht dann über das Bündner Wahlsystem für den Grosse Rat entscheiden wird.

**«Graubünden sind wir»**

Chur. – Den Kontakt pflegen mit der Bündner Bevölkerung in allen drei Sprachregionen: Das ist das Ziel von Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner. Im Rahmen von Begegnungstagen unter dem Motto «Graubünden sind wir – die Regierungspräsidentin unter uns» soll daher «ein direkter, offener Austausch» ermöglicht werden, wie die Regierung mitteilt. Themenvorschläge von allgemeinem Interesse – «auch originelle», so Janom Steiner – können ab Montag zwei Wochen lang im Internet unter [www.gr.ch](http://www.gr.ch) sowie per Mail auf [info@dfg.gr.ch](mailto:info@dfg.gr.ch) (Betreff: «Graubünden sind wir») eingereicht werden. Möglich ist auch eine Einreichung per Post. (rf)



Bild: Theo Gstöhl